

Gerda Hasselfeldt

- (A) Das Thema Europa ist mehrfach angesprochen worden. Ich will dazu nur einige Bemerkungen machen. Trotz all der schwierigen Entscheidungen, die wir in letzter Zeit zu treffen hatten, konnten wir uns die Vorteile Europas bewusst machen und durften erkennen, welch großartiges Geschenk es ist, in der jetzigen Zeit, auch nach schwierigen Phasen in Europa, in Deutschland leben und dieses Europa weiter gestalten zu können. Die Erfahrungen aus der Geschichte haben gezeigt, dass wir ein starkes Europa brauchen, wenn es um Außen- und Sicherheitspolitik geht, wenn es um Wirtschafts koordinierung und um Währungsfragen geht oder auch um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den europäischen Ländern. Aber wir brauchen ein schlankes Europa, wenn es darum geht, den Alltag der Bürger zu gestalten. Europa muss sich nicht in jede Kleinigkeit einmischen – vom Trinkwasser bis zu den Duschköpfen –, sondern sollte sich auf die wesentlichen Aufgaben beschränken. Ich bin froh, dass dieser Gedanke der Subsidiarität, der früher im Wesentlichen ein Gedanke der Union war, gelegentlich sogar nur mit der CSU verbunden wurde, in Europa mittlerweile auch in anderen Parteien Platz gegriffen hat. Das begrüße ich sehr.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich begrüße auch – wenn ich das sagen darf – das große Verständnis für die CSU-Position zur Freizügigkeit in Europa, das heute mehrere Redner zum Ausdruck gebracht haben. Ich betone es hier noch einmal: Ich stehe mit meiner Partei voll zur Freizügigkeit in Europa. Niemand in meiner Partei stellt das infrage, niemand.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Aber wir wollen keinen Missbrauch der Freizügigkeit, und wir müssen eine Antwort geben auf die Klagen der Kommunen und Städte über die Situation vor Ort. Ich bin sehr dankbar dafür, dass sich der Staatssekretärsausschuss dieser Probleme annimmt und eine Lösung sucht.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da tagt wieder ein Arbeitskreis!)

Das ist eine notwendige und richtige Konsequenz. Wenn wir vorhandene Probleme nicht ansprechen, dann brauchen wir uns nicht darüber zu wundern, dass sich am rechten und am linken Rand unserer Gesellschaft Kräfte tummeln, die wir alle miteinander nicht haben wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will noch einen Komplex ansprechen. Unser Land lebt ganz wesentlich vom gesellschaftlichen Zusammenhalt, vom Zusammenhalt der Generationen, vom Zusammenhalt der unterschiedlichen sozialen Gruppierungen. Deshalb ist es uns wichtig, den Stellenwert der Familie und den Stellenwert der Erziehung immer wieder deutlich herauszustellen. Wir haben dafür gekämpft, dass das, was in der letzten Legislaturperiode erreicht wurde, nicht reduziert wird. Das haben wir geschafft. Außerdem haben wir dafür gekämpft, dass bei der Rentenversicherung die Erziehungszeiten derjenigen, die vor 1992 Kinder geboren haben, besser anerkannt werden, als das früher der Fall war.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das sind wir den Müttern dieser Generation schuldig, die unter viel schwierigeren Bedingungen als heute ihre Kinder großgezogen haben, die häufig gezwungen waren, auf Erwerbstätigkeit zu verzichten und deshalb niedrigere Renten haben.

Wir vergessen ferner weder diejenigen, die pflegebedürftig sind, noch diejenigen, die die Pflegebedürftigen pflegen, egal ob in den Familien oder hauptberuflich, stationär oder ambulant. Deshalb wird uns das große Werk der Reform der Pflegeversicherung stark in Anspruch nehmen.

Wir vergessen auch die Menschen mit Behinderungen nicht. In diesem Zusammenhang denken wir auch an die Kommunen; denn wir wissen sehr wohl, dass die Leistung für behinderte Menschen, die Eingliederungshilfe, nicht eine kommunalpolitische Leistung ist, sondern eine Leistung, die in den Verantwortungsbereich aller Ebenen fällt, des Bundes, der Länder und der Kommunen. Deshalb werden wir mit dem Bundesleistungsgesetz auch hier ein Zeichen setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht noch nicht einmal im Haushalt!)

Wir haben bei all diesen Themen eine gemeinsame Verantwortung in diesem Land. Gemeinsame Verantwortung bedeutet aber nicht, dass man über unterschiedliche Positionen nicht kontrovers diskutieren darf. Zu einer Demokratie gehört Meinungsvielfalt, auch einmal Streit im guten Sinne des Wortes. Man darf auch einmal innerhalb einer Partei oder einer Koalition streiten; das sind wir den Menschen schuldig. Das geschieht aber immer unter dem Gesichtspunkt, dass wir alle miteinander, egal welcher Partei, den Auftrag haben, den Menschen zu dienen und dafür zu sorgen, dass es ihnen noch besser geht als heute schon. Das sind Auftrag und Verpflichtung dieser Koalition.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hasselfeldt. – Ich gebe nun das Wort der Beauftragten für Kultur und Medien, der Staatsministerin Professorin Monika Grütters.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Ulla Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Monika Grütters, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Von dem wunderbaren, gelegentlich ein wenig satirisch daherkommenden Mark Twain stammt der Satz: Kultur ist das, was übrig bleibt, wenn der letzte Dollar ausgegeben ist. – Hier ist er einmal ganz nüchtern gewesen. In der Tat, Mark Twain hat recht: Kultur ist eben mehr als alles andere, Kultur ist ein Wert an sich. Geld ist nicht alles;

Staatsministerin Monika Grütters

- (A) das wissen wir hier besser als alle anderen. Ohne Dollars und Euros geht es halt nicht. Zum Glück haben Bundestag und Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode den Etat des Staatsministers für Kultur immer wieder ein wenig aufwachsen lassen. Es wäre schön, wenn es dabei bliebe.

Gerade in Zeiten ökonomischer Krisen, wie wir sie nicht nur in Europa, sondern weltweit seit Jahren erleben, wird die Wertegemeinschaft, wird das, was wir das Kulturprojekt Europa nennen, immer wichtiger. Wo, wenn nicht in der Kultur, können Antworten gesucht werden auf die Frage, was uns zusammenhält? Die Frage stellt sich einmal mehr in einem so intensiven Gedenkjahr wie 2014. Welche Werte erkennen wir eigentlich als gemeinsames Fundament an? Eine KulturNation wie Deutschland, die in ihren Traditionen so reich, aber in ihren Brüchen auch so radikal ist – mehr als alle anderen –, muss sich mehr denn je nach ihrer Rolle im heutigen und im zukünftigen Europa fragen. Ich glaube, Antworten auf diese Fragen sind wir schuldig, und zwar vor Deutschland, vor Europa und auch vor den Augen der Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein Blick auf unsere ja so sperrige Geschichte macht deutlich, dass die Kultur in den vergangenen Jahrhunderten in Deutschland immer eine besondere Rolle gespielt hat. Sie war und ist bis heute das geistige Band, das uns auch über manche föderalen Schwierigkeiten hinweg zusammenhält. Deutschland war zuerst eine

- (B) Kultur- und dann eine politische Nation. Nationale Identität wächst eben auch zuallererst aus dem Kulturleben eines Landes. Aus den Zusammenbrüchen unserer Geschichte mit zwei Diktaturen in einem Jahrhundert haben wir eine Lehre gezogen. Bereits in Art. 5 Abs. 3 unseres Grundgesetzes heißt es: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“. Das ist der oberste Grundsatz jeder verantwortlichen Kulturpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frei sein können Kunst und Wissenschaft nur, wenn der Staat ihre Freiheiten schützt. Diese staatliche Fürsorge für die Kultur und ihre Freiheit, die mit dem Mut zum Experiment natürlich auch das Risiko des Scheiterns einschließt, hat immer wieder weltweit beachtete Leistungen hervorgebracht. Dieses hartnäckige Engagement für die Künste, die ja nicht immer leicht zu ertragen sind, hat entscheidenden Anteil am mittlerweile wieder hohen Ansehen Deutschlands in der Welt. Eine solche Kultur ist eben nicht das Ergebnis des Wirtschaftswachstums; sie ist vielmehr dessen Voraussetzung. Kulturelle Existenz in Deutschland ist keine Ausstattung, die sich unsere Nation leistet, sondern eine Vorleistung. Wir haben dafür Sorge zu tragen, dass sie allen zugutekommt.

Eine so verstandene Kultur ist auch kein dekorativer Luxus, sondern Ausdruck eines menschlichen Grundbedürfnisses. Sie ist nicht allein Standortfaktor, sondern auch Ausdruck von Humanität. Deshalb ist es mir besonders

wichtig, neben der Fürsorge für unser kulturelles (C)

Erbe, also für die Institutionen, ganz besonders auch die Künstler in den Blick zu nehmen, die Kreativen, und Sorge für die Rahmenbedingungen zu tragen, unter denen sie leben.

(Beifall des Abg. Charles M. Huber [CDU/CSU])

– Danke, ich habe auch Sie persönlich gemeint.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Denn es sind ja die Künstler, die uns immer wieder mit ihren herausragenden Leistungen beglücken. Ich finde, das, was von den Kreativen kommt, darf auch mal wehtun, darf auch unbequem sein. Sie sind das kritische Korrektiv, das wir brauchen und von dem eine vitale Gesellschaft lebt. Sie dürfen uns zum Nachdenken und auch zur Kritik herausfordern. Ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar dafür, dass das immer wieder und so hartnäckig passiert.

(Beifall im ganzen Hause)

Bei einem solchen Verständnis von Kultur verbieten sich eine allzu kleinliche Steuerung und ein staatliches Kriterienkorsett. Künstler brauchen keine autoritativen Vorgaben; was sie brauchen, sind Inspiration, Anstöße und unseren gemeinsamen Diskurs.

Lassen Sie mich an dieser Stelle als Münsteranerin in Berlin und als Berlinerin in diesem Amt ein Wort zu Berlin sagen.

(Dr. Eva Högl [SPD]: Ja!)

(D)

Mein Berliner Kollege Swen Schulz, meine Kollegin Högl, mir wird immer unterstellt, ich würde jetzt nur noch Berlin sehen.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ganz gefährlich!)

Aber Berlin ist eben die Hauptstadt, und das, was in dieser Hauptstadt kulturell gelingt, wird in den Augen der Welt dem ganzen Land gutgeschrieben.

(Beifall der Abg. Dr. Eva Högl [SPD] und Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

Andererseits wird – jedenfalls in den Augen der Öffentlichkeit – für das, was hier schiefgeht, auch das ganze Land verantwortlich gemacht. Kulturpolitik in Berlin ist also, ob man das will oder nicht, immer auch Bundespolitik,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

und die Bundeskulturpolitik in und für Berlin ist Ausdruck der Anerkennung der besonderen Rolle der Hauptstadt für die Nation.

Gleich wird es Ihnen nicht so gefallen. – In der Kulturpolitik muss den Ländern klargemacht werden, dass Berlin kein konkurrierendes Bundesland, kein Bundesland wie jedes andere ist, sondern unser aller Mittelpunkt. Berlin selbst muss dem Bund aber auch klarmachen

Staatsministerin Monika Grütters

(A) chen, dass er als Erster von einer kulturell blühenden Hauptstadt profitiert. Ich würde mich schon freuen – da können Sie mir alle helfen –, wenn Berlin auch einmal Danke sagen würde oder einfach nur erkennen ließe, dass Hauptstadt sein auch eine dienende Funktion ist.

(Beifall bei Abgeordneten im ganzen Hause)

Um also allen Mutmaßungen entgegenzutreten: Ich verstehe mich als Kulturstaatsministerin für ganz Deutschland, nicht nur, aber ganz besonders auch für Berlin, unsere Hauptstadt. Deshalb hat mich meine erste Dienstreise nach Frankfurt geführt und dort nicht in einen Tempel der Hochkultur, sondern ins Jüdische Museum.

(Beifall des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

Dort wird nämlich gerade sehr eindrucksvoll in einer kleinen Kammerausstellung gezeigt, dass es den Nazis 1938 nicht nur und nicht in erster Linie darum ging, die Kunst der Moderne als entartet zu diffamieren, sondern dass das Hauptziel war, auch im Kunstbetrieb jüdische Mitbürger und Akteure zu eliminieren. Deshalb bleiben Provenienzrecherche und Restitution, also die Rückgabe geraubter Güter, für uns ein ganz wichtiges Anliegen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

Es gehört zu unseren großen Verantwortungen, uns unserer Geschichte und ihren Folgen immer wieder und auch auf diesem bitteren Feld zu stellen, damit das geschehene Unrecht nicht auch noch latent fortdauert. Ich finde es schlicht unerträglich, dass sich immer noch Naziraubkunst in deutschen Museen befindet.

(B)

(Beifall im ganzen Hause)

Allerdings ist in puncto Provenienzrecherche in den vergangenen Jahren sehr viel geschehen. Die Arbeitsstelle für Provenienzforschung hat 2008 ihre Arbeit aufgenommen; finanziert wird sie übrigens vom Bund und von den Ländern. Seitdem sind 14,5 Millionen Euro in die Herkunftssuche geflossen. Was häufig nicht gesehen wird: 90 000 Objekte in 67 Museen und mehr als 520 000 Bücher und Drucke in 20 Bibliotheken wurden mittlerweile überprüft. Nach unseren Erkenntnissen wurden bis September letzten Jahres mehr als 12 200 Objekte – meist diskret – zurückgegeben.

Die Koordinierungsstelle Magdeburg, die Arbeitsstelle für Provenienzforschung und die Limbach-Kommission leisten eine hervorragende Arbeit, die übrigens im Ausland sehr wohl anerkannt wird. Aber es fehlt ein erkennbarer Ansprechpartner. Darum sollen die Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen in den Bereichen Provenienzforschung und Restitution, also tatsächliche Rückgabe, künftig gebündelt und nachhaltig – ich spreche von einer Verdopplung der Bundesleistungen – gestärkt werden. Ich habe dazu viele Gespräche mit Länderkollegen geführt und nur positive Rückmeldung bekommen.

Es geht uns um mehr als um Kunstobjekte. Es geht um das große Unrecht, um geraubte Identität, um den Verlust von Erinnerungen, die ja mit diesen Stücken ver-

bunden waren, an geliebte Menschen. Ich finde, hier darf sich keine öffentliche Institution wegducken. Bei der Restitution geht es nicht in erster Linie um materielle Werte. Den Anspruchstellern ist besonders wichtig, dass sie, die Opfer, auch als Opfer anerkannt werden. Sie möchten, dass wir alle ihre zerstörten Lebensläufe kennen und dass durch die Anerkennung das Unglück und das Leid, das sie erlitten haben, wenigstens nachträglich sichtbar werden. Ich finde, es ist unsere moralische Pflicht, genau das zu leisten.

(Beifall im ganzen Hause)

Deshalb ist auch klar, dass die Museen künftig nicht nur, wie bisher, an ihrer Ankaufs- und Ausstellungspolitik, sondern auch daran gemessen werden, wie sie mit ihrer Geschichte und mit der Geschichte ihrer Sammlung umgehen. Weil das nur gemeinsam gelingt, habe ich ein zweites wichtiges Thema auf meiner Agenda: Wir möchten enger mit den Ländern zusammenarbeiten.

Ich habe mit den 16 Länderministern inzwischen verabredet, dass wir uns, wenn es irgendwie geht, zweimal im Jahr treffen. Das erste Treffen soll auf meine Einladung hin stattfinden. Dazu möchte ich dann auch die kommunalen Spitzenverbände einladen, weil immerhin 44 Prozent der Kulturleistungen in Deutschland von den wackeren Kommunen erbracht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Der zweite Besuch – ich respektiere ja mit großer Begeisterung die Kulturhoheit der Länder – soll dann von der KMK selber ausgehen. Wir wollen gemeinsam Strategien dafür entwickeln, wie wir unsere kulturelle Infrastruktur retten können; denn sie wird sich ja vor dem Hintergrund der Demografie und der ethnischen Durchmischung verändern.

Dazu gehört eben auch die Stabilisierung der Künstlersozialversicherung; denn der Erfolg der Kreativwirtschaft, die in Deutschland hinter der Automobilindustrie mittlerweile immerhin an zweiter Stelle rangiert, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die allerwenigsten Künstler und Kreativen Großverdiener sind. Die Einführung der Künstlersozialversicherung vor 31 Jahren war ein sozial- und kulturpolitischer Meilenstein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

Die Künstlersozialkasse garantiert bis heute ganz wesentlich die soziale Absicherung der freiberuflich tätigen Künstler und Publizisten, und ich finde, wir dürfen bei aller immer wieder laut werdenden Kritik aus einschlägigen Kreisen nicht zusehen, wie diese Errungenschaft jetzt beschädigt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

Das hat nämlich auch etwas mit Gerechtigkeit zu tun. Wer künstlerische Leistungen in Anspruch nimmt, der muss eben auch ein bisschen dafür Sorge tragen, dass Künstler von ihrer Arbeit leben und nicht nur knapp überleben können, also angemessen bezahlt werden.

(D)

Staatsministerin Monika Grütters

- (A) Andererseits sollen die, die regelmäßig Abgaben entrichten, eben nicht zu Zahlmeistern werden, weil sich die anderen drücken. Deshalb ist eine stärkere, intensivere Prüfung notwendig. Im vergangenen Sommer waren wir kurz davor, das durchzusetzen. Ich bin meiner Kollegin Nahles sehr dankbar, dass auch sie das Thema Künstler-sozialkasse ganz oben auf ihre Agenda gesetzt hat. Vielleicht schaffen wir es jetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Ja, ich finde, das ist einen Applaus wert.

Die Absicherung ist das eine, noch wichtiger ist es aber, dass Künstler von ihrer kreativen Arbeit überhaupt leben können – auch im digitalen Zeitalter. In der kommenden Legislaturperiode wird es deshalb darum gehen, das Urheberrecht weiter an das digitale Umfeld anzupassen.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Das Urhebervertragsrecht!)

Es gilt vor allem, den Wert geistigen Eigentums besser zu vermitteln. Künstlerische Leistungen sind im Internet ja frei verfügbar; das ist unbestritten. Umsonst dürfen sie aber nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Urheberrechtsverletzungen im Netz verursachen gravierende Schäden, nicht nur volkswirtschaftlich. Deshalb müssen wir in der Rechtsdurchsetzung konsequenter sein, und die Rechteinhaber stehen für mich dabei im Mittelpunkt. Wir wollen die Verbraucher nicht sanktionieren, sondern sensibilisieren und aufklären.

- (B)

Mit den digitalen Techniken sind nicht nur Risiken verbunden, sondern sie eröffnen auch einen ganz anderen Zugang zu Kultur und Bildung. Deshalb ist es uns ein wichtiges Anliegen, das kulturelle Erbe zu digitalisieren. Ich möchte hier aber nicht verschweigen, dass das vor allen Dingen sehr teuer ist. Trotzdem ist es bitter, dass wir hier im Vergleich zu anderen Ländern, wie Frankreich, weit hinterherhinken. Das betrifft vor allen Dingen unser nationales Filmvererbe, das nicht nur digitalisiert, sondern auch viel besser aufbewahrt werden muss. Als Kulturpolitikerin ist es mir in diesem Kontext wichtig, dass wir auch hier nach den gesellschaftlichen Veränderungen und den Werten fragen, die nicht im Rausch des technisch Machbaren untergehen dürfen.

Erlauben Sie mir zum Schluss bitte noch ein Wort zu meinem Herzensanliegen, zum größten Kulturprojekt Europas; denn das entsteht in Berlins Mitte auf dem zentralen Platz der Republik: Es ist das Humboldt-Forum. Das ist schon lange kein Luftschloss mehr. Sie sehen, dass der Keller gedeckt ist und dass es auf starken Fundamenten steht. Ich traue der Stiftung auch zu, dass am Jahresende der Rohbau zu sehen sein wird.

Ich möchte versuchen, anhand von zehn einfachen Punkten zu sagen, warum ich eine so leidenschaftliche Verfechterin bin.

Erstens. Deutschland hat als einzige Nation der Welt die historische Chance, den zentralen Platz der Republik am Beginn des 21. Jahrhunderts neu zu definieren. Wir

- (C) Park East, sondern wir laden die Kunst ein.

Zweitens. In einer einzigartigen Verbindung werden die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Universität und die Bibliothek die Mitte der Hauptstadt bespielen.

Drittens. Hier sollen sich vor allen Dingen die außer-europäischen Künste selbstbewusst darstellen.

Viertens. Das Ganze geschieht im direkten Dialog mit unserer eigenen Kunstgeschichte, gegenüber auf der Museumsinsel.

Fünftens. Es soll um die Betrachtung der großen Menschheitsthemen gehen, wie die Grenzen des Lebens, Geburt, Tod, Gott, die Bedeutung der Religion, Identität und Migration. Hier erfahren wir das, was wir alle über unser Leben wissen wollen.

Sechstens. Wir alle erleben immer wieder, was es heißt, als Minderheit in einer Diaspora zu leben, zum Beispiel ich als Katholikin in Marzahn oder die Schwaben in Prenzlauer Berg.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Kosmopolitische Städte wie Berlin sind unsere Zukunft. In Museen gilt dieser Unterschied nicht; da sind alle Menschen gleich. Die Unterschiede sind kleiner als die Gemeinsamkeiten.

Siebtens. Ich finde, es muss eine Vision für Berlin, die Hauptstadt, her, für Deutschland, eine der bedeutendsten Kulturnationen der Welt. Ich glaube, das kann an diesem Platz in aufregenden Kunstpräsentationen seinen Ausdruck finden.

Achtens. Wir wollen die Diskussion interdisziplinär und auf hohem Niveau führen.

Neuntens. Berlin ist der Sehnsuchtsort für viele junge Menschen, die Deutschland attraktiv finden. Wir laden die Jugend ein, denn dort sprechen wir eine neue, junge Sprache.

Zehntens und last, but not least. Das Humboldt-Forum ist mit einer einzigartigen Idee verbunden. Es geht dabei ja nicht um ein besseres Völkerkundemuseum oder um die pragmatische Unterbringung unserer Sammlung. Es geht um neuartige Kunst- und Kulturerfahrung und um das Wissen über gleichberechtigte Weltkulturen und neue Kompetenzen im Weltverständnis. Damit das gelingt, müssen wir nicht nur das bauliche Entstehen begleiten, sondern wir müssen sehr schnell die Inhalte durch eine Intendanz profilieren, um die ich mich sehr zügig kümmern möchte.

Letzter Satz. Der Name „Humboldt-Forum“ steht für die Tradition der Aufklärung, für die weltoffene und selbstbewusste Annäherung der Völker und für das Ideal eines friedlichen Dialogs. Für diese Ideen müssen wir werben. Sie sind von grundlegender Bedeutung für uns in der Gegenwart und in der Zukunft; denn Kultur ist ein Modus für das Zusammenleben.

Kultur darf, ja, sie muss zuweilen Zumutung sein. Wenn sie darüber hinaus noch unterhält, umso besser.

- (D)

Staatsministerin Monika Grütters

(A) Wenn wir für all das Sorge tragen, dann bleibt sie uns, **Statt Geheimverhandlungen brauchen wir Transparenz (C)** selbst wenn Mark Twains letzter Dollar ausgegeben ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Monika Grütters. – Das Wort hat Sigrid Hupach für die Linksfraktion.

(Beifall bei der LINKEN)

Sigrid Hupach (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme aus Thüringen, einem Land, in dem Goethe, Schiller, Bach und das Bauhaus wirkten. Frau Staatsministerin Grütters, Sie sagen gern: Kunst und Kultur brauchen größtmögliche Freiheit, um sich entfalten zu können. – Da kann ich Ihnen nur zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die entscheidenden Fragen für mich sind aber: Was bedeutet das für die Kulturpolitik, für Kulturförderung und -förderung? Wie viel Marktfreiheit braucht Kultur, und wie viel Staat und Regulierung verträgt sie? Damit sich Kunst und Kultur entfalten können, brauchen Künstlerinnen und Kreative Rahmenbedingungen, die ihnen Freiräume verschaffen. Aber sie brauchen auch Rahmenbedingungen, die ihnen eine soziale Absicherung garantieren.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu gehört die Künstlersozialkasse genauso wie steuerliche Vergünstigungen. Viel zu viele Kulturschaffende und Kreative sind nicht nur keine Schwerverdiener, sondern sie leben und arbeiten in prekären Verhältnissen. Als freischaffende Architektin weiß ich, wovon ich rede.

Welche Gefahren in einer rein marktorientierten Wahrnehmung von Kultur liegen, zeigen aktuell die Auseinandersetzungen um das Freihandelsabkommen der EU mit den USA. Es war allein Frankreich, welches sich in den Verhandlungen zum Mandatstext für eine kulturelle Ausnahme starkgemacht hat. Deutschland unterstützte es nicht. Aber ein Freihandelsabkommen ohne kulturelle Ausnahme bedroht Errungenschaften wie die Buchpreisbindung, den reduzierten Mehrwertsteuersatz oder die Filmförderung; das sind Mittel der Kulturförderung, deren Wegfall Kultur und Künstlerinnen existenziell gefährden würden. Da machen wir nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung zu dem besonderen Schutzbedürfnis von Kultur und Medien. Dieses müsse bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen durch Ausnahmeregelungen berücksichtigt und gesichert werden. Wir erwarten, dass dem nun Taten folgen.

(Beifall bei der LINKEN) und eine Staatsministerin, die sich für die kulturelle

Ausnahme einsetzt.

Die Linke hat im Wahlkampf ein Bundeskulturministerium gefordert. Als Ministerin mit Kabinettsrang hätte Frau Grütters in dieser Debatte jetzt auf der europäischen Ebene einen viel besseren Stand. Dies ist aber nicht die einzige vertane Chance im Koalitionsvertrag.

Seit Jahren fordert die Linke ein Kooperationsgebot für Bildung und Kultur. Zwar bekennt sich die Bundesregierung zur Zusammenarbeit von Bund und Ländern, aber hierfür fehlen entscheidende Voraussetzungen. Wie will die Koalition ohne ein Staatsziel Kultur, eine Gemeinschaftsaufgabe, ein Kooperationsgebot und eine Verbesserung der Finanzsituation der Länder und Kommunen die Probleme anpacken?

Herr Bundestagspräsident Lammert sagte kürzlich in einer Rede, mit Klauen und Zähnen müssten die Deutschen die traditionell gewachsene reiche Kunst- und Kulturlandschaft verteidigen. Da bin ich ganz bei Ihnen, Herr Lammert.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Koalitionsvertrag aber gleicht in seinen allgemeinen Formulierungen eher einem zahnlosen Tiger.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

(D)

Vielen Dank, liebe Kollegin. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen zu Ihrer ersten Rede und wünsche Ihnen viel Erfolg in Ihrer neuen Funktion.

(Beifall)

Das Wort hat die Kollegin Dr. Eva Högl für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Eva Högl (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Koalitionsvertrag wie auch die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin und diese Debatte, die wir schon eine ganze Zeit führen, zeigen eines ganz deutlich: Wir haben vier Jahre engagierter Politik vor uns. Darauf freue ich mich richtig doll.

Diese Große Koalition wird viele sehr konkrete Verbesserungen für viele Menschen in Deutschland, in Europa und darüber hinaus bringen. Wir wissen – das gehört zur Wahrheit dazu; das muss ich erwähnen –, dass viele Themen vier Jahre lang liegen geblieben sind. Wir mit dieser Koalition beenden jetzt Stillstand und Blockade. Wir verlieren keine Zeit mit unsinnigem Streit über Kleinigkeiten, sondern wir haben das Wesentliche im Blick.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)